

Antrag

**der Abgeordneten Thomas Reich, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,
Krzysztof Walczak, Olga Petersen und Marco Schulz (AfD)**

Betr.: Illegalen Welpenhandel in Hamburg unterbinden

Immer mehr Menschen erfüllen sich zurzeit den Traum vom eigenen Vierbeiner. Die Hundeschulen sind voll. Die Züchter haben lange Wartelisten und die Tierheime können sich vor Anfragen kaum retten. Daher boomt auch der Handel mit illegalen Welpen, obwohl schon lange bekannt ist, dass illegaler Welpenhandel massiv zur Tierquälerei führt¹. Insbesondere mit der erhöhten Nachfrage nach Hunden durch die Corona-Pandemie haben kriminelle Kaufangebote massiv zugenommen. Nach Drogen- und Waffenhandel gehört der illegale Welpenhandel mittlerweile zur drittgrößten Einnahmequelle. Laut einem Bericht des NDR² werden jeden Monat 50.000 Hundewelpen in den europäischen Ländern illegal gehandelt. Hierbei werden die Welpen in Anzeigen mit niedlichen Bildern über das Internet von skrupellosen Händlern über diverse Online-Portale angeboten. Allerdings werden die angebotenen Welpen im Ausland speziell für den deutschen Markt „produziert/gezüchtet“. In vielen Fällen werden die Welpen viel zu früh von den Muttertieren getrennt und häufig mit Antibiotika für den Transport gespritzt und mit gefälschten Impfpässen über die Grenze nach Deutschland gebracht.

Die Anzeigen der Betrüger sind oft nicht leicht zu erkennen. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung war die Aufklärungskampagne der Verbraucherzentrale zum Ende des letzten Jahres. Dafür wurde in Hamburg bis zum 6. Dezember 2021 auf Anzeigenflächen, Plakaten in Bezirksämtern, Tierarztpraxen und im Zoofachhandel sowie auf hamburg.de und den Social-Media-Kanälen aufmerksam gemacht. Trotzdem werden weiterhin auf Hamburgs Straßen illegal Hundewelpen angeboten und verkauft.

Im letzten Jahr wurden 47 Fälle wegen illegalen Welpenhandels zur Anzeige gebracht.³ In gerade mal zwei dieser Vorfälle wurde ein Bußgeldverfahren eingeleitet, obwohl 51 Hunde beschlagnahmt wurden.

Eine Möglichkeit, dem Ganzen entgegenzutreten, wäre die Einführung einer Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht von Hunden zur Bekämpfung des tierschutzwidrigen Handels mit Hundewelpen. Auch der Hamburger Senat sieht hier Handlungsbedarf, erwägt aber abzuwarten, da die Konkretisierungen und Pläne der Bundesregierung weiterhin offenbleiben.

Das Tierwohl steht hier eindeutig im Vordergrund, sodass zwingend gehandelt werden muss und keiner der Betroffenen auch nur länger auf die umzusetzenden Pläne der Bundesregierung warten kann.

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hamburger-Verbraucherschutzbehoerde-warnt-vor-illegalem-Welpenhandel,welpenhandel136.html>.

² <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Welpenmafia-Illegalen-Welpenhandel-erkennen,welpenmafia104.html>.

³ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/78609/illegaler_welpenhandel_hundemafia_auf_hamburgs_strassen.pdf.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. unverzüglich eine Aufklärungskampagne in Zusammenarbeit mit den Tierschutzvereinen einzurichten und umzusetzen,
2. die bisherige Zusammenarbeit zu erweitern, indem ein Arbeitskreis mit Vertretern der betroffenen Ausschüsse, der Behörden, der Tierschutzvereine und Tierwohlorganisationen in Hamburg aufgesetzt wird, um eine Strategie für die kommenden Jahre gegen Welpenhandel in Hamburg abzustimmen,
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Einführung von Identitätsprüfungen von Online-Anbietern, die mehrfach/kontinuierlich Hundewelpen für den Handel anbieten, unverzüglich eingeführt und umgesetzt wird,
4. sich auf Bundesratsebene für eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hundewelpen, die im Verkauf angeboten werden, einzusetzen,
5. den Tierschutzorganisationen sowie Tierheimen aufzutragen, Verdachtsfälle von illegalem Welpenhandel an die Behörden zu melden,
6. der Bürgerschaft unverzüglich, spätestens aber bis zum 30. Juni 2022, zu berichten.